KR-Nr. 257/2023

**ANFRAGE** von Doris Meier (FDP, Bassersdorf), Mario Senn (FDP, Adliswil), Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich)

Betreffend Auswirkungen des Arbeitskräftemangels auf die Bereitstellung öffentlicher

Dienstleistungen

Der Arbeitskräftemangel ist für Arbeitgebende eine grosse Herausforderung. Sie müssen sich Gedanken machen, wie sie ihre Leistungen erbringen und Produkte herstellen können, ob sich gewisse Arbeitsschritte automatisieren lassen oder sich die Einstellung gewisser Tätigkeiten aufdrängt. Diese Fragestellung ist auch für die öffentliche Verwaltung von grösster Bedeutung, müssen doch die wichtigsten Dienstleistungen für die Bewohner und Bewohnerinnen qualitativ hochstehend erfüllt werden, damit der Kanton Zürich als attraktiver Wohnund Arbeitsort erhalten bleibt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Wie stellt sich die gegenwärtige Situation des Arbeitskräftemangels in der Zürcher Kantonsverwaltung dar und welche Direktionen oder Bereiche sind davon besonders betroffen? Gibt es besonders betroffene Berufsbilder?
- 2. Wie ermittelt die Verwaltung die Gründe für den Austritt von Mitarbeitenden?
- 3. Welche Massnahmen (Initiativen, Programme, Personalrechtsanpassungen usw.) wurden ergriffen, um dem Arbeitskräftemangel in der Kantonsverwaltung Zürich entgegenzuwirken? Wie erfolgreich waren diese Massnahmen bisher?
- 4. Wie gedenkt der Regierungsrat, langfristig die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften sicherzustellen?
- 5. Für den Fall, dass sich der Arbeitskräftemangel fortführt und es der Kantonsverwaltung trotz aller Massnahmen nicht gelänge, genügend Arbeitskräfte zu finden, hat der Kanton mehrere Möglichkeiten darauf zu reagieren. Inwiefern kann sich der Regierungsrat vorstellen,
  - a) die staatliche Aufgabenerfüllung vermehrt zu automatisieren bzw. digitalisieren, um damit den Personalbedarf zu senken, oder
  - b) staatliche Aufgaben und Tätigkeiten anzupassen bzw. zu reduzieren?
  - c) In welchem Umfang kann bei der Beurteilung, ob staatliche Aufgaben und Tätigkeiten anzupassen sind, auf die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie (Business Continuitiy Management, Konzentration auf essentielle Dienstleistungen/Abteilungen) zurückgegriffen werden?

Doris Meier Mario Senn Sonia Rueff-Frenkel